

MDL-NEWSLETTER

10/2023

BERND KRÜCKEL MDL
Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selfkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL
Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg



**Wir wünschen Ihnen allen
eine besinnliche Adventszeit!**
NRW-Finanzminister Marcus Optendrenk
mit Bernd Krückel und Thomas Schnelle

CHRISTBAUMSCHMÜCKEN

St.-Elisabeth-Schule zu Gast im Landtag

Mit dem alljährlichen Christbaumschmücken läutet unsere CDU-Landtagsfraktion traditionell die festliche Jahreszeit ein. In diesem Jahr waren Schülerinnen und Schüler der Düsseldorfer St.-Elisabeth-Schule bei uns im Landtag zu Gast. Gemeinsam mit ihrer Klassenlehrerin und einer Schulsozialpädagogin besuchten die Zweitklässler unsere Fraktion und wurden herzlich empfangen.

Die kleinen Künstlerinnen und Künstler hatten mit viel Liebe und Kreativität in der Schule ihren eigenen Weihnachtsbaumschmuck gebastelt, um damit unseren Weihnachtsbaum vor dem CDU-Fraktionssaal zu schmücken. Gemeinsam mit Abgeordneten und Fraktionsmitarbeitern ging es ans Werk.

Zur Belohnung gab es für die begeisterten Kleinen Schokoladenweihnachtsmänner und ein herzliches „Dankeschön“ von uns allen.

*Foto: CDU-Landtagsfraktion NRW /
Ralph Sondermann*



Bernd Krüchel MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 29. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemailt.

HAUSHALTSENTWURF 2024

Debatte um Bundeshaushalt und Auswirkungen auf NRW



Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit des Bundeshaushalts wirft seine Schatten auch auf die Haushaltsdebatten in unserem Bundesland. Mitte Dezember wird im Landtag Nordrhein-Westfalen der Haushalt für das kommende Jahr beschlossen und auch die Debatten im Vorfeld verdeutlichen die schwierige Lage unserer Landesfinanzen.

In den bundesweiten Medien wird NRW allzu oft als Beispiel für weitere Sondervermögen genannt, die unter das Urteil des BVG fallen könnten. Doch scheint sich viel Verwirrung über die tatsächliche Rechtslage in solche kruden Vergleiche zu mischen.

Während Sondervermögen – gerade in Krisenzeiten – ein wichtiges Mittel für Bundes- und Länderhaushalte sein können, war die Umschichtung des Bundessondervermögens durch Bundesfinanzminister Lindner aus mehreren Gründen verfassungswidrig – und keiner dieser Gründe trifft auf das NRW-Sondervermögen „Krisenbewältigung“ zu.

Unser Sondervermögen wurde jährlich für den Haushalt zur Verfügung gestellt, unser Sondervermögen wurde vom Parlament im Vorjahr genehmigt und unser Sondervermögen war stets zweckgebunden: 2020 und 2021 zur Bekämpfung der Corona-Pandemie,

ab 2022 kamen die Bekämpfung der Folgen des Ukrainekriegs hinzu.

Doch auch mit einem verfassungsrechtlich soliden Haushalt ist unser Land von den Unsicherheiten auf Bundesebene betroffen. Denn noch immer ist unklar, welche Kürzungen oder Ausstiege aus Kofinanzierungen von der Bundesebene bevorstehen. Die Projekte, Maßnahmen, Förderprogramme, welche gemeinsam zwischen Land und Bund oder auch der EU finanziert werden, sind vielzählig und unsere NRW-Haushaltspolitik muss sich auf kurzfristige Änderungen vorbereiten, welche der Streit zwischen den Ampel-Regierungsmitgliedern bereithält.

Unser Finanzminister Marcus Op-tendrenk betonte während der Haushaltsdebatte, dass das Urteil unmittelbar keine Auswirkungen auf die laufenden und kommenden Haushalte in Nordrhein-Westfalen habe, er räumte jedoch „mittelbare Folgen“ ein. Die Unklarheit über mögliche Kürzungen des Bundes bereitet Sorgen. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland mit unserer bedeutenden Schwer- und Chemieindustrie, die mitten in einem Transformationsprozess stecken, könnten die Auswirkungen spürbar sein.

Die finanzielle Unsicherheit betrifft nämlich auch wichtige Projekte,

die über das Bundessondervermögen finanziert werden sollten. Einige Großprojekte für die Transformation konnten wir jedoch im Vorfeld absichern. Thyssenkrupp im Ruhrgebiet wird beispielsweise 1,3 Milliarden Euro erhalten, um seine Stahlproduktion auf klimaneutralen Wasserstoff umzustellen. In Solingen ist die Entwicklung von Wasserstofftechnologie mit mehreren Millionen Euro an Fördermitteln abgesichert. Über viele weitere Zukunftsprojekte für unser Land können wir derzeit jedoch keine gesicherte Aussage treffen.

Wir bereiten uns daher auf etwaige Nachtragshaushalte vor, um kurzfristigen Veränderungen zu begegnen und stellen dennoch einen sehr soliden Haushalt ohne zusätzliche Krisenkredite auf. Und ein solider Haushalt, der keine neuen Schulden aufnimmt, der auf dem Boden unserer Verfassung steht, ist auch keiner, der sich von neuen Krisen oder Veränderungen so leicht ins Wanken bringen lässt. Die CDU-geführte NRW-Koalition steht somit für haushaltspolitische Verlässlichkeit, während Grüne, SPD und FDP auf Bundesebene mit einer vorläufigen Haushaltsführung ins neue Jahr gehen, wichtige Investitionen nicht mehr leisten können und auch die Bundesländer mit ihrer chaotischen Arbeitsweise verunsichern. ■

— NRW UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Was selbst der NRW-Innenminister sich nicht hätte vorstellen können



Foto: IM NRW / Caroline Seidel

In Nordrhein-Westfalen wird seit dem Angriff Russlands auf die NRW-Innenminister Herbert Reul hat im November erstmalig vor dem Lügde-Untersuchungsausschuss als Zeuge ausgesagt. In einer ehrlichen Bilanz räumte Reul Fehler ein, betonte jedoch gleichzeitig die ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation. Diese Anerkennung von Fehlern in Bezug auf den Missbrauchsskandal von Lügde markierte für den Ausschuss einen entscheidenden Moment in der politischen Aufarbeitung der Vorfälle.

Reul machte deutlich, dass der Skandal ihm und vielen anderen die Versäumnisse von Jahrzehnten vor Augen geführt habe. Die Dimensionen, die der Missbrauchskomplex angenommen hat, hätte auch er sich nicht vorstellen können. „Lügde war ein Einschnitt, auch für mich“, so Reul. Bei der Befragung im Düsseldorfer Landtag ist noch einmal deutlich geworden, dass Nordrhein-Westfalen beim Kinderschutz vorangehen wird, um möglichst viele Taten zu verhindern oder zumindest so schnell wie möglich aufzuklären und die Kinder zu schützen.

Es gibt eine ganze Reihe an Verbesserungen, die seit dem Skandal bereits umgesetzt wurden. Dazu gehört eine Aufstockung des Personals und der Einsatz moderner Technik für Ermittlungen zu Kindesmissbrauch. Wir haben ein starkes Kinderschutzgesetz, welches stetig weiterentwickelt wird. Bemerkenswert ist auch die Entscheidung, solche Ermittlungen nur noch von größeren Polizeipräsidien durchführen zu lassen, was auf positive Resonanz von Fachleuten stieß.

Nicht verschwiegen wurden die Fehler der Kriminalpolizei zu Beginn der Lügde-Ermittlungen. Reul gab zu, dass eine frühere Übertragung der Leitung von der Kreispolizeibehörde Lippe in Detmold nach Bielefeld angebracht gewesen wäre. Dies geschah erst im Januar 2019, nachdem der Fall öffentlich gemacht wurde.

Es ist gut und richtig, dass wir im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss das Behördenversagen im schrecklichen Missbrauchsfall von Lügde weiter aufklären. Unser Blick zurück gilt dem Verändern nach vorn: Die Zu-

sammenarbeit unter Behörden muss intensiviert und die Digitalisierung weiter vorangetrieben

werden. In den Behörden braucht es eine gute Fehlerkultur, bestehende Strukturen müssen auf ihre Belastbarkeit überprüft und unter Umständen durch Anpassungen noch schlagkräftiger gemacht werden.

Im Untersuchungsausschuss ist klar: Wenn es noch Hinweise auf weitere Täter und Opfer im Komplex Lügde gibt, müssen diese restlos aufgeklärt werden. Dass aktuell die Ermittlungen zu den verschwundenen Asservaten im Fall Lügde nach Schilderung von Minister Herbert Reul wieder aufgenommen wurden, zeigt, dass die Bemühungen um Aufklärung des Komplexes weiter anhalten. ■



EXPERTENRUNDE ÜBER KI

Künstliche Intelligenz ist ein neuer Teil unserer Realität

Was sind die Potenziale, aber auch Risiken von Künstlicher Intelligenz (KI) für unsere Gesellschaft und Wirtschaft? Wie setzen wir Rahmenbedingungen, um KI zu nutzen? Zu einem Austausch zu diesem Thema hat die CDU-Landtagsfraktion eingeladen und begrüßte neben einer Reihe von Experten zahlreiche interessierte Gäste im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

„Die innovative Kraft von Künstlicher Intelligenz steht außer Frage. Wir erleben KI mittlerweile in allen Lebensbereichen: In der Pflege, als OP-Roboter, auf den Finanzmärkten bei der Analyse von Wertpapieren oder in Form von ChatGPT, dem wohl bekanntesten Produkt“, erklärte **Fabian Schruppf**, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion. Er wies darauf hin, dass KI aber auch Risiken mit sich bringt. So brauche es etwa Regelungen, wie KI an Schulen und Unis genutzt werden kann. „Nordrhein-Westfalen ist als Wissenschaftsstandort weltweit angesehen. Dass das so bleibt, ist nicht selbstverständlich. Es braucht die richtigen Rahmenbedingungen.“

Professorin Christiane Woopen, ehemalige Vorsitzende des Europäischen und Deutschen Ethikrates, sagte: „Ich schaue mit der Ethikbrille auf das Thema, das eine große Spannweite von Weltunter-

gang bis Weltrettung bietet.“ KI lebe nicht – trotzdem gingen wir manchmal so mit ihr um, als würden wir mit einem Menschen reden, und entwickeln Gefühle für Roboter. „Vertrauen kann man nur Menschen, aber keiner KI. Wir müssen uns fragen, was ein gelingendes Leben ist und wie man das auf KI anwendet. Wer setzt die Rahmenbedingungen und wie? Wenige große Tech-Giganten investieren Milliarden in die virtuelle Welt, während die echte vor Problemen ächzt. Wir müssen schauen: Wo hilft mir KI und wo ist sie übergriffig? Regulierung ist notwendig, darf aber Innovation nicht kaputtmachen.“

Dr. Peter Salden, Leiter des Zentrums für Wissenschaftsdidaktik der Ruhr-Universität Bochum, betonte: „Wir müssen mit und über KI lernen. Es ist ein neuer Teil unserer Realität. Stattdessen müssen wir verstehen, wie wir KI nutzen können. Aus der Medienbranche, Architektur, aus dem Bauwesen ist KI nicht mehr wegzudenken. Viele Berufe werden nicht wegfallen, aber sich verändern, und damit auch die Lernziele an den Hochschulen. Das Lernen mit KI beschäftigt uns in zweierlei Weise: Zum einen sammeln und analysieren wir Daten, zum anderen nutzen wir generative KI, um unter anderem Texte zu erstellen.“

Dr. Christian Temath, Geschäftsführer der Kompetenzplattform KI



Foto: CDU-Landtagsfraktion / Ralph Sondermann

NRW, erzählte eine Anekdote von seiner Tochter, die zweijährig bereits ganz selbstverständlich mit dem virtuellen Sprachassistenten „Alexa“ kommunizierte und nun mit vier Jahren von einer KI Bilder malen lässt. „Wenn Menschen KI nicht verstehen, vielleicht sogar Angst davor haben, dann nutzen sie sie nicht. Dabei kann uns KI helfen, unsere Wirtschaft innovativer zu machen und Abläufe in Verwaltung und Produktion zu beschleunigen.“

„Dieser Abend hatte viele spannende Aspekte, die uns hier in Nordrhein-Westfalen weiterbringen werden“, fasste **Björn Franken**, digitalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, zusammen. „Ausbildung ist ein zentrales Element, wenn wir Erfolg haben wollen. Da können wir in Nordrhein-Westfalen Leitplanken setzen. Wir stellen uns den kritischen Fragen und wollen Lust machen auf die Chancen, die KI bietet.“ ■

ST. MARTIN

Jahrelange Bastelarbeit wird zum Hingucker im Landtag



Zum 100-jährigen Bestehen des Martiniskomitees Harbeck-Berg wurde der aus Playmobilfiguren erstellte St. Martinszug fertiggestellt.



Im Rahmen der Abschlussveranstaltung einer Ausstellung des Martinsbund e. V. im Düsseldorfer Landtag waren viele Liebhaber der rheinischen Sankt-Martins-Tradition zugegen. Landtagspräsident André Kuper nahm an der Veranstaltung teil und hielt eine Rede, in der er auf die Bedeutung der Tradition und den Beitrag des Martinsbund e. V. hinwies, die Tradition als Kulturerbe auf Bundesebene anerkennen zu lassen.

NRW-Finanzminister Marcus Op-tendrenk war nicht nur anwesend, sondern stimmte gemeinsam mit dem Vereinspräsidenten des Martinsbunds das Martinslied an, in

welches alle Anwesenden einstimmten.

Das Kernstück der Ausstellung beinhaltete ein spektakuläres Miniaturen-Diorama, welches der Wegberger Joachim Bobert in jahrelanger Handarbeit gefertigt hat. Mit gemeinsamem Singen und Gedenken der Martinstradition verabschiedeten wir die Ausstellung aus dem Düsseldorfer Landtag.

Doch Joachim Bobert kündigte bereits an, im kommenden Jahr weitere Arbeit in sein Diorama zu stecken und es in der Martinszeit erneut auszustellen. ■



(v.r.n.l.) Thomas Schnelle nahm mit dem Wegberger Bürgermeisterkandidaten Markus Johnen an der Veranstaltung teil und traf auf weitere „Kreis Heinsberger“: den „St. Martin“ Helmut Jentgens und den Wegberger Hobbybastler Joachim Bobert.